

Föderalismus in Deutschland: Regionale Stabilisierung durch Transfersysteme

Föderale Systeme bieten ihren Mitgliedsländern eine Art Versicherung bei asymmetrischen Schocks. Bricht die Wirtschaftsentwicklung in einem Land ein, sinken Überweisungen an den Bund zum Beispiel im Rahmen einer föderalen Einkommensteuer. Umgekehrt steigen bei einer schlechten Wirtschaftsentwicklung in einem Land die Transfers vom Bund, etwa auf Grund von Finanzausgleichungen. In Deutschland besteht ein vergleichsweise ausgeprägtes System von fiskalischen Transfers. Von daher wäre zu erwarten, dass diese Art von Versicherung in Deutschland besonders ausgeprägt ist. Wie eine Studie des ZEW zeigt, ist die Stabilisierungswirkung in Deutschland aber insgesamt nicht größer als in den USA.

Ausgleichswirkung bei jährlichen Einkommenschocks

Horizontaler LFA	0,033*
Umsatzsteuerverteilung	0,028*
Bundesergänzungszuweisungen	0,006*
Zwischensumme Finanzausgleich	0,068
Bundesanteil EST und GWST-Umlage	-0,010
Bundessteuern	-0,001
Arbeitslosenversicherung	0,049*
Rentenversicherung	0,043*
Summe	0,149

* zeigt Signifikanz auf dem 5 % Niveau an

Quelle: ZEW

■ In Deutschland kann eine fiskalische Stabilisierung bei regionalen Schocks im Einkommen zunächst vom Länderfinanzausgleich (LFA) erwartet werden. Dies gilt nicht nur im Hinblick auf die horizontalen Transfers sondern auch im Hinblick auf die Umsatzsteuerverteilung und Bundesergänzungszuweisungen. Neben dem LFA könnte sich eine Stabilisierung aus dem Steuerverbund bei den Einkommensteuern und bei der Gewerbesteuer ebenso wie aus den Bundessteuern ergeben. Deutlich stabilisierend dürften auch die Parafisci wirken, vor allem die Arbeitslosenversicherung, die explizit auf eine

Stabilisierung der Einkommen abzielt. Schließlich ist auch an die Rentenversicherung zu denken. Zwar stehen einem Rückgang der Beiträge an die Rentenversicherung bei schlechter wirtschaftlicher Entwicklung auch geringere Leistungen in der Zukunft gegenüber, aufgrund des Zwangscharakters und der politischen Unwägbarkeiten und aus Gründen der Vergleichbarkeit erscheint es dennoch sinnvoll, die Versicherungsbeiträge und die Zahlungen im Rahmen der Rentenversicherung zu berücksichtigen.

In Anlehnung an die Literatur kann die konkrete Stabilisierungswirkung der ver-

schiedenen Systeme ermittelt werden, indem bestimmt wird, wie stark die Differenz des Einkommens eines Landes vor und nach Transfers auf Änderungen im lokalen Einkommen reagiert. Dazu hat das ZEW die westdeutschen Länder im Zeitraum 1970 bis 1997 untersucht. Diese Datenbasis erlaubt zwar keine konkreten Aussagen zur Stabilisierungswirkung für die ostdeutschen Länder. Es lässt sich aber aus diesem Zeitraum ein vergleichsweise genaues Abbild der Wirkungsweise föderalen Institutionen in Deutschland erstellen, die heute auch für diese Länder bestimmend sind.

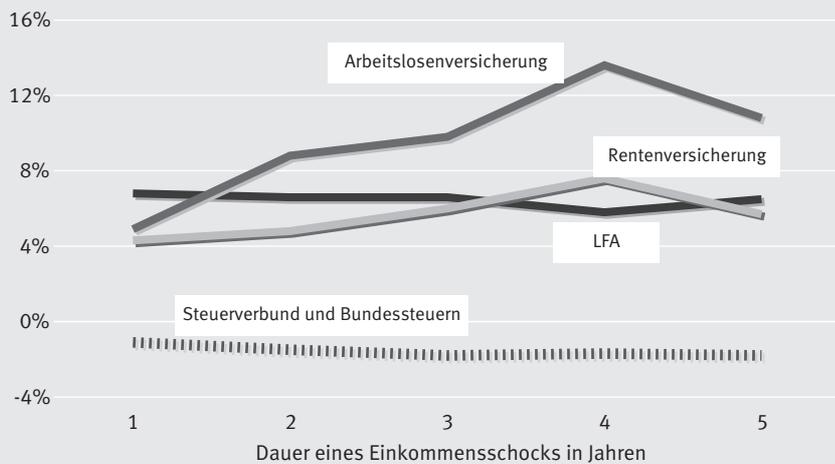
Die in der Tabelle ausgewiesenen Werte geben an, welchen Anteil eines

In dieser Ausgabe

Föderalismus in Deutschland	1
Stellenangebot	2
Dienstleister der Informationsgesellschaft	3
Warum gibt es Lohnrigiditäten?	4
ZEW-Konferenz	5
ZEW-Termine; ZEW-Intern; ZEW-Neuerscheinungen	6
Daten und Fakten	7
Standpunkt	8

ZEW-Forschungsergebnisse

Stabilisierung bei länderspezifischen Schocks



Quelle: ZEW

länderspezifischen Schocks im Einkommen die verschiedenen Transfersysteme ausgleichen. Es zeigt sich, dass die horizontalen Transfers im Rahmen des LFA 3,3 Prozent eines Schocks ausgleichen. Die gesamte Ausgleichswirkung durch den LFA liegt bei 6,8 Prozent. Den größten Anteil daran haben die horizontalen Transfers des LFA, obschon das damit verbundene Transfervolumen weit hinter

dem für die Umsatzsteuerverteilung zurückbleibt. Die Zahlungen im Rahmen des Bundesanteils an der Einkommensteuer und der Gewerbesteuerumlage wie auch die Bundessteuern entfalten keine Stabilisierungswirkung, sondern verstärken die Einkommensschocks geringfügig. Unter Einschluss von Arbeitslosenversicherung und Rentenversicherung beträgt die Stabilisierung insgesamt

14,9 Prozent eines Schocks. Dieser Wert entspricht erstaunlich genau der für die USA gemessenen Ausgleichswirkung.

Studien für die USA belegen zudem, dass die Ausgleichswirkung bei länger anhaltenden Einkommensschocks zunimmt. Dass dies auch für Deutschland gilt, ist vor allem auf die Arbeitslosenversicherung zurückzuführen (s. Grafik). Sie bewirkt bei vierjährigen Einkommensschocks einen Ausgleichseffekt von 13,6 Prozent. Der Beitrag des LFA zur Stabilisierung ist dagegen weitgehend konstant.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass der LFA grundsätzlich stabilisierend wirkt. Bei Einkommensteuer, Gewerbesteuerumlage und Bundessteuern fällt die Stabilisierungswirkung hingegen insgesamt eher gering aus. Nur durch die starke Ausgleichswirkung der Arbeitslosenversicherung ist die insgesamt erzielte Stabilisierung auf dem amerikanischen Niveau. Von daher belegen die Ergebnisse, dass das nivellierende Finanzausgleichssystem mit den bekannten Fehlanreizen keine Garantie für einen weitgehenden Versicherungsschutz gegen Einkommensschocks ist. ◀

Dr. Thiess Büttner, buettner@zew.de

Stellenangebot

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim sucht für den Forschungsbereich „Arbeitsmärkte, Personalmanagement und Soziale Sicherung“ eine/n

Wirtschaftswissenschaftler/in

Sie haben Ihr Studium der Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Personal oder Organisation mit Prädikat abgeschlossen. Grundkenntnisse in Statistik und/oder Ökonometrie sind von Vorteil.

Der Schwerpunkt Ihrer Tätigkeit wird in der empirischen Analyse von Fragestellungen der Personal- und Organisationsforschung sowie der Leitung dieser Projekte liegen. Zu Ihren Aufgaben gehört auch die eigenständige Akquisition weiterer Forschungsprojekte. Eine Promotion sowie Erfahrungen in der Projektleitung sind wünschenswert, aber nicht Bedingung.

Wir erwarten, dass Sie die Ergebnisse Ihrer Arbeit sowohl im wissenschaftlichen als auch im wirtschaftspolitischen Bereich – auch in englischer Sprache – überzeugend vermitteln können.

Wir bieten Ihnen eine abwechslungsreiche Tätigkeit in einem führenden Forschungsinstitut sowie eine Vergütung nach BAT und den damit verbundenen Sozialleistungen. Hervorragende Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Promotion/Habilitation im Rahmen der Arbeit wird unterstützt.

Wenn Sie Ihr Wissen und Ihr Engagement in einem jungen Team einbringen wollen, senden Sie bitte Ihre Bewerbung unter dem Stichwort „Arbeitsmärkte news11/02“ bis zum 14. November 2002 an das

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

Herrn Thomas Kohl
L 7, 1 · D-68161 Mannheim

Weitere Stellenangebote:
www.zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Schlechte Konjunktur belastet Dienstleister der Informationsgesellschaft

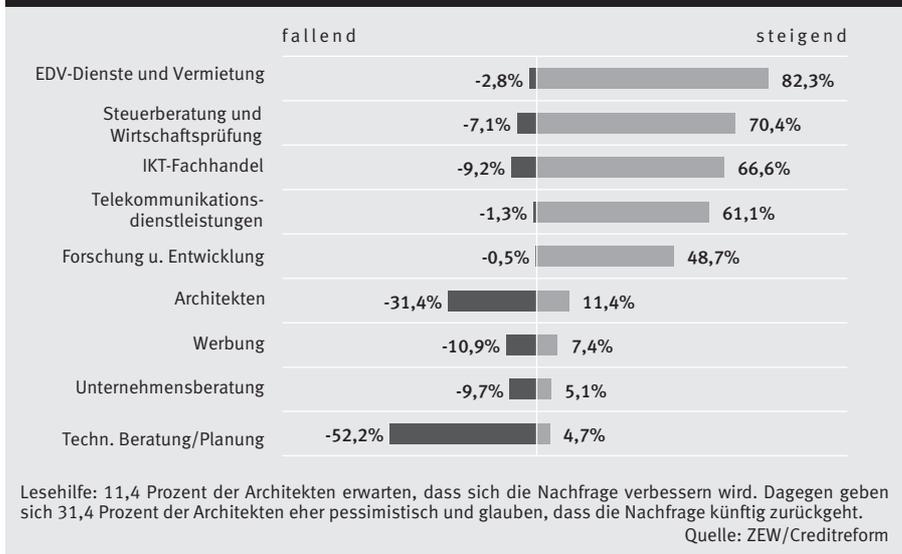
Im dritten Quartal 2002 hat sich das Umsatzwachstum im Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft erneut verlangsamt und liegt aktuell bei einer jährlichen Rate von 1,4 Prozent. Hoffnung auf ein Ende der Konjunkturkrise gibt allerdings die Tatsache, dass im dritten Quartal 2002 deutlich mehr Unternehmen des Wirtschaftszweigs von einer gestiegenen Nachfrage berichten als in den ersten zwei Quartalen des Jahres. Dies zeigt eine Konjunkturumfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im September und Oktober 2002 durchgeführt hat.

■ ZEW und Creditreform befragen in jedem Quartal rund 1.200 Unternehmen des Wirtschaftszweigs Dienstleister der Informationsgesellschaft. Dieser Wirtschaftszweig setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unternehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienstleistungen) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschungs- und Entwicklung sowie Werbung).

Die Wachstumsdynamik bei den Dienstleistern der Informationsgesellschaft wird im dritten Quartal 2002 von der schlechten gesamtwirtschaftlichen Konjunktur getrübt. Gegenüber dem Vorquartal ist die jährliche Umsatzwachstumsrate um mehr als einen Prozentpunkt zurückgegangen. Im Vergleich zur allgemeinen Konjunktur entwickeln sich die westdeutschen Dienstleister der Informationsgesellschaft mit einer jährlichen Umsatzwachstumsrate von 2,0 Prozent immer noch überdurchschnittlich gut. Die ostdeutschen Dienstleister hingegen stagnieren mit einer Jahresumsatzwachstumsrate von 0,2 Prozent.

Auch die Ertragsentwicklung der Dienstleister der Informationsgesellschaft hat sich im dritten Quartal noch nicht stabilisiert. Wie in den ersten zwei Quartalen berichten mehr Unternehmen von fallenden als von steigenden Erträgen. Die Nachfrageentwicklung ist im Vergleich zu den ersten zwei Quartalen jedoch positiv. In der Personalentwicklung macht sich dies auch schon bemerkbar.

Nachfrageerwartungen der einzelnen Dienstleistungsbranchen



Während der Umsatzanteil der Unternehmen, die ihren Personalbestand erhöht haben, im zweiten Quartal noch unter 20 Prozent lag, ist er im dritten Quartal auf etwa 30 Prozent gestiegen.

Erwartungen für das vierte Quartal wieder optimistischer

Trotz des anhaltenden konjunkturellen Abschwungs sind die Erwartungen der Dienstleister der Informationsgesellschaft für das vierte Quartal 2002 wieder optimistischer als im Vorquartal. Gegenüber dem Vorquartal ist bezüglich aller konjunktureller Indikatoren (Umsatz, Ertrag, Nachfrage, Personal und Preise) der Umsatzanteil derjenigen Unternehmen gestiegen, die für das vierte Quartal eine Verbesserung prognostizieren. Der Umsatzanteil der Unternehmen, die erwarten, dass ihr Umsatz im vierten Quar-

tal steigen wird, beträgt sogar mehr als 50 Prozent.

Von der positiven Nachfrageentwicklung im dritten Quartal 2002 haben vor allem die IKT-Branchen profitiert. Hier berichten per Saldo deutlich mehr Unternehmen von gestiegener als von gefallener Nachfrage. Unter den wissensintensiven Dienstleistern ist dieser Saldo hingegen nur in der Branche der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer positiv. Ähnlich gespalten sind auch die Erwartungen bezüglich der Nachfrageentwicklung im vierten Quartal. Die Unternehmer der IKT-Branchen erwarten, dass die Nachfragebelebungen anhalten wird. Außer den Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern gehen in den wissensintensiven Branchen jedoch nur die Unternehmen der Forschung und Entwicklung von einer Belebungen der Nachfrage im vierten Quartal aus. ◀

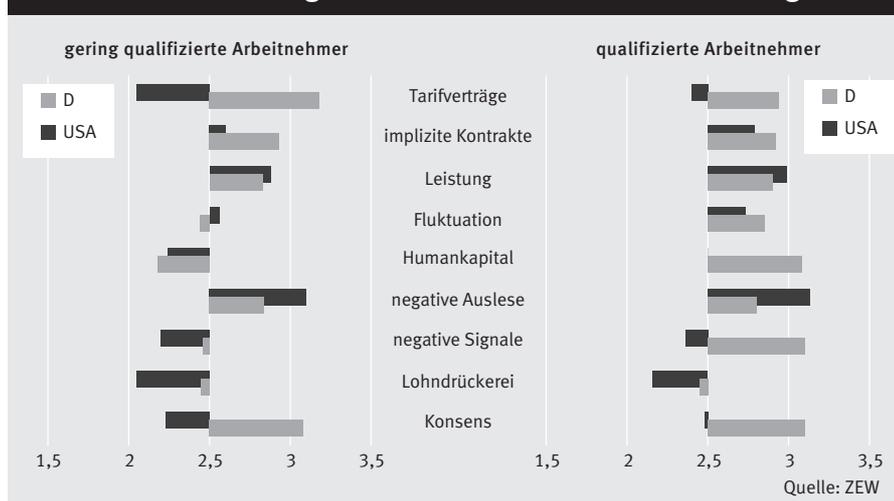
Margit Vanberg, vanberg@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Warum gibt es Lohnrigiditäten?

Bei hoher und andauernder Arbeitslosigkeit wäre aus ökonomischer Sicht ein zurückhaltender Kurs der Lohnpolitik wünschenswert, um zum Abbau der Arbeitslosigkeit beizutragen. Tatsächlich senken aber Unternehmen selten die Löhne und reagieren eher mit Kürzungen der Arbeitszeit und/oder Entlassungen. Selbst angesichts von vier Millionen Arbeitslosen wurden beispielsweise in diesem Jahr die Tariflöhne zwischen drei und vier Prozent angehoben. Das ZEW hat die Gründe für dieses Verhalten untersucht.

Ursachen von Lohnrigiditäten: Deutschland und USA im Vergleich



Die ökonomische Theorie hat als Ursache für Lohnrigiditäten eine Reihe von Argumenten vorgetragen. Sie zeigen, dass es durchaus rational sein kann, die Löhne nicht ständig der sich ändernden Arbeitsmarktsituation anzupassen, sei dies aus der Sicht der Arbeitnehmer oder Gewerkschaften (Verhandlungsmacht), sei dies aus dem Blickwinkel der Unternehmen (Effizienzlohntheorien, Vertragstheorien). Das Ausmaß der Verhandlungsmacht seitens der Arbeitnehmer hängt von der Tarifautonomie, aber auch vom Kündigungsschutz und der betrieblichen Mitbestimmung ab. Solche gesetzlichen Vorgaben sind aus Sicht der Akteure auf dem Arbeitsmarkt von außen bestimmt und in diesem Sinne eine potenzielle exogene Ursache von Lohnrigiditäten. Die anderen Ursachen sind endogener Natur. Sie können sich auch bei Abwesenheit rechtlicher Vorgaben aus der Rationalität der Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen ergeben.

In einer neuen ZEW Studie wird die Rationalität von Lohnrigiditäten aus der Sicht der Unternehmen untersucht,

ebenso wie das Zusammenspiel zwischen endogenen und exogenen Ursachen von Lohnrigiditäten (ZEW Discussion-Paper No. 02-60). Die Studie basiert auf einer repräsentativen Befragung von 801 Unternehmen in Deutschland. Ein Teil der Fragen wurde so verfasst, dass die Ergebnisse mit einer Befragung von US-amerikanischen Unternehmen verglichen werden können. Die qualitativen Antworten der Unternehmen werden zu diesem Zweck in Rangziffern transformiert, die den Grad der Zustimmung der Unternehmen zu einem Erklärungsansatz wiedergeben und zwischen 1 (keine Zustimmung) und 4 (sehr hohe Zustimmung) stetig variieren (siehe Abbildung).

Die Ergebnisse zeigen, dass Tarifverträge und Aspekte der Lohngerechtigkeit wichtige Ursachen von Lohnrigiditäten sind. Auch die Effizienzlohn- und die implizite Kontrakttheorie liefern Anhaltspunkte. Lohnsenkungen scheinen aus der Sicht der Unternehmen dazu zu führen, dass Arbeitnehmer ihre Anstrengungen und Leistungen überproportional verringern und so eventuelle Kostensparnisse überkompensieren. Ferner be-

fürchten Unternehmen langfristig negative Wirkungen für Neueinstellungen. Verringerungen der Arbeitszeit und/oder selektive Entlassungen scheinen sich im Betrieb weniger negativ auszuwirken und die Arbeitsmoral der Arbeitnehmer weniger zu beeinträchtigen als Lohnsenkungen.

Die Befragungsergebnisse haben auf ein Koordinierungsproblem am Arbeitsmarkt aufmerksam gemacht. Selbst wenn alle Beteiligten von Lohnsenkungen als Mittel zur Erhöhung der Beschäftigung oder zur Arbeitsplatzsicherung überzeugt wären und dies beispielsweise im Rahmen eines „Bündnisses für Arbeit“ vereinbart würde, ist es fraglich, ob sie zustande kämen. Denn aus Unternehmenssicht sind Lohnsenkungen aus ganz unterschiedlichen Gründen mit bedeutenden Nachteilen verbunden. Den Befragungsergebnissen zu Folge würde eine erhebliche Anzahl von Unternehmen für eine große Anzahl ihrer Mitarbeiter selbst von Vereinbarungen über moderate Lohnsenkungen abweichen.

Ausgeprägte Insidermacht

Im Vergleich zu US-amerikanischen Unternehmen stimmen mehr Unternehmen in Deutschland den Aussagen zu, die in Tarifverträgen, Insider-Outsider-Verhalten und einer konsensorientierten Lohnpolitik Ursachen von Lohnrigiditäten sehen. Das deutet darauf hin, dass Insidermacht und Gerechtigkeitsaspekte in Deutschland stärker ausgeprägt sind als in den USA. Übereinstimmend geben die Unternehmen in beiden Ländern an, dass implizite Kontrakte und Tarifverträge vor allem für (gering) qualifizierte Arbeitnehmer und Leistungslöhne unabhängig von der Qualifikation Ursachen für Lohnrigiditäten sind. ◀

Prof. Dr. Wolfgang Franz, franz@zew.de;
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, pfeiffer@zew.de

ZEW-Konferenz

Wirtschaftliche Konsequenzen von Entrepreneurship und Unternehmensdynamik

■ Am 3. und 4. Oktober fand am ZEW die Konferenz „The Economics of Entrepreneurship and the Demography of Firms“ (Wirtschaftliche Konsequenzen von Entrepreneurship und Unternehmensdynamik) statt, organisiert vom ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und internationale Unternehmensführung gemeinsam mit dem odeon Center for Entrepreneurship in München. Ziel der Konferenz war es, neuere Forschungsarbeiten, die diesen Themengebieten zuzuordnen sind, zusammenzuführen und so einen Meinungsaustausch zwischen ausgewiesenen Vertretern dieser Forschungsrichtung zu ermöglichen. Gleichzeitig war die Ausschreibung zur Konferenz breit gefasst, um auch jüngere Vertreter und weniger etablierte Methoden anzusprechen. Mit Unterstützung der Mitglieder des wissenschaftlichen Komitees, bestehend aus David Audretsch (Indiana University), Robert Cressy (City University, London), Paul Geroski (London Business School), Michael Hannan (Stanford Business School), Steven Klepper (Carnegie Mellon University), Georg Licht (ZEW), Gordon Murray (London Business School) und Paul Reynolds (London Business School) konnte aus einer hohen Zahl von Einreichungen ein qualitativ hochwertiges Programm zusammengestellt werden. Die Deutsche Ausgleichsbank unterstützte die Veranstaltung finanziell und ermöglichte so die hohe Teilnahmequote amerikanischer Wissenschaftler und ein hohes fachliches Niveau.

Das Thema der Veranstaltung wurde in verschiedenen, inhaltlich differenzierten Sessions angesprochen. Die erste Session behandelte die unternehmensdemographische Dynamik aus Sicht des Industrielebenszyklus. Weitere Sessions beschäftigten sich mit Fragen der Unternehmensfinanzierung, mit dem Einfluss räumlicher Faktoren und mit dem Verhältnis zwischen unternehmensdemographischen Variablen, Innovation und Wirtschaftsstruktur. Eine weitere Session ging ausführlich auf die Arbeiten des Global Entrepreneurship Monitor ein. Hierbei wurden zunächst Konzept und Durch-

führung des Projekts und anschließend die Arbeiten der deutschen Sektion vorgestellt. Die Konferenzbeiträge basierten sowohl auf empirischen als auch auf theoretischen Ansätzen.

Ein besonderer Beitrag der Konferenz waren zwei Panelsessions, von denen sich eine mit „Challenges in Entrepreneurship Research“ und die andere mit dem Thema „The Venture Capital Market, Two Years

kaum noch Frühphasenfinanzierungen realisiert werden. Durch diesen Mangel an „Nachwuchs“ werde der Markt langfristig keine Entwicklungsmöglichkeiten mehr haben. Dabei wurde kontrovers darüber diskutiert, ob Universitäten diese Rolle übernehmen sollen oder können. Ein weiterer wichtiger Punkt war die Rolle einer zweiten Chance nach einer Unternehmensinsolvenz. Die Teilnehmer



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Entrepreneurship-Konferenz am ZEW.

after the Gold Rush“ beschäftigte. Ziel des ersten Panels, moderiert von Michael Hannan, war es, aktuelle beziehungsweise potenzielle Forschungsfragen um das Thema Entrepreneurship zu identifizieren. Hierbei kristallisierten sich insbesondere drei Punkte heraus: Die Erfassung und Messung von Entrepreneurship, die Erklärung systematischer Variation von Entrepreneurship und Forschungsbedarf zur Erklärung systematischer Unterschiede in der Erklärung unternehmensdemographischer Variablen.

Am zweiten Panel, moderiert von Dietmar Harhoff (INNO-tec und odeon Center for Entrepreneurship, Universität München), nahmen Vertreter von Venture Capital-Firmen teil. Ziel dieses Panels war es, ein Forum zu schaffen, in dem sich Vertreter der Praxis zu der Thematik austauschen können. Dieses Panel war daher offen für externe Interessierte. Die Mitglieder des Panels sprachen mehrere Punkte an, die aus ihrer Sicht zur Überwindung der Krise im Markt für Wagniskapital von Bedeutung sind. So sahen sie es als problematisch an, dass derzeit

betonten, dass gerade durch die Insolvenz eines Unternehmens ein hoher Erfahrungsschatz entstehe, der in folgenden unternehmerischen Aktivitäten sehr nützlich sein könne. Darüber hinaus wurden im Panel die Rolle von Corporate Venturing, Erfolgsfaktoren für Start-ups und die Rolle von Exitmöglichkeiten diskutiert. Gerade durch die Kombination von Vertretern aus der Praxis und der Wissenschaft wurde in dieser Veranstaltung kontrovers, gleichzeitig jedoch auch zielorientiert diskutiert.

Insgesamt kann die Konferenz als erfolgreich angesehen werden. Das Format, das wenige, jedoch sehr hochrangige Wissenschaftler mit jüngeren Wissenschaftlern zusammenführt, hat sich hierbei bewährt. Ebenfalls hat sich bewährt, auf Quantität zugunsten von Qualität zu verzichten und so mehr Raum für jeden Beitrag und für Interaktion zwischen den Teilnehmern zu schaffen.

Programm und Aufsätze sind unter www.zew.de/firm-demography im Internet abrufbar. ◀

Dr. Max Keilbach, keilbach@zew.de

ZEW-Intern

Auszeichnung für Claudia Stirböck

Claudia Stirböck, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte, Finanzmanagement und Makroökonomie, wurde auf dem 42. Europäischen Kongress der Regional Science Association in Dortmund gemeinsam mit zwei weiteren Preisträgern der Epainos-Preis 2002 verliehen. Sie wurde für ihr Papier „Relative Investment Specialisation Inside EU: An Econometric Analysis for EU-Regions“ ausgezeichnet. Das



Papier analysiert die Investitions-Spezialisierung der EU-Regionen relativ zur EU-Struktur in den Jahren 1985 bis 1994. Es zeigt, dass Regionen mit einer größeren Fläche und einem höheren Nachfragepotenzial eine geringere relative Spezialisierung aufweisen. Hauptstadtregionen und Peripherieregionen zeigen eine der EU-Struktur besonders unähnliche sektorale Investitionsstruktur. Ebenfalls stärker spezialisiert sind Regionen mit einer höheren Arbeitslosenrate und einer höheren Bevölkerungsdichte.

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Engel, Dirk: *Zur Rolle von Beteiligungskapitalgebern in ihren Portfoliounternehmen: Eine ökonometrische Analyse*, No. 02-58.

Charupat, Narat; Deaves, Richard: *Backwardation and Normal Backwardation in Energy Futures Markets. With an Application to Metallgesellschaft's Short-Dated Rollover Hedging of Long-Term Contracts*, No. 02-59.

Franz, Wolfgang; Pfeiffer, Friedhelm: *The*

Rationale for Wage Rigidity: Survey Evidence from German and US Firms, No. 02-60.

Lutz, Stefan H.: *The Effects of Quotas on Vertical Intra-Industry Trade*, No. 02-61.

Laisney, François; Lechner, Michael: *Almost Consistent Estimation of Panel Probit Models with 'Small' Fixed Effects*, No. 02-64.

Beninger, Denis; Laisney, François: *Comparison Between Unitary and Collective Models of Household Labor Supply With*

Taxation, No. 02-65.

Heinemann, Friedrich; Schüler, Martin: *A Stigler View on Banking Supervision*, No. 02-66.

Schnabel, Isabel; Schnabel, Reinhold: *Family and Gender Still Matter: The Heterogeneity of Returns to Education in Germany*, No. 02-67.

Heinemann, Friedrich; Hüfner, Felix P.: *Is the View from the Eurotower Purely European? – National Divergence and ECB Interest Rate Policy*, No. 02-69.

ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Wirtschaftsanalysen kompetent nutzen und durchführen – Ökonometrische Methoden für die Praxis, 18./19. November 2002, ZEW-Gebäude

Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren, 20. November 2002, ZEW-Gebäude

Messung und Management von Kreditrisiken, 21./22. November 2002, ZEW-Gebäude

EU-Forschungsförderung: Eine Chance auch für kleine und mittelständische Unternehmen, 26. November 2002, ZEW-Gebäude

Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt, 28. November 2002, ZEW-Gebäude

Der richtige Umgang mit Marktdaten (Grundkurs), 2. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

Der richtige Umgang mit Marktdaten (Aufbaukurs), 3. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

Finanzmarktökonomie (Teil 1: Grundlagen), 4./5. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

Mitarbeiterinsatz im Ausland, 11. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

Wissensmanagement: Soziale Netzwerke und effektive Anreizsystem als Grundlage des Wissensaustausches, 12. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

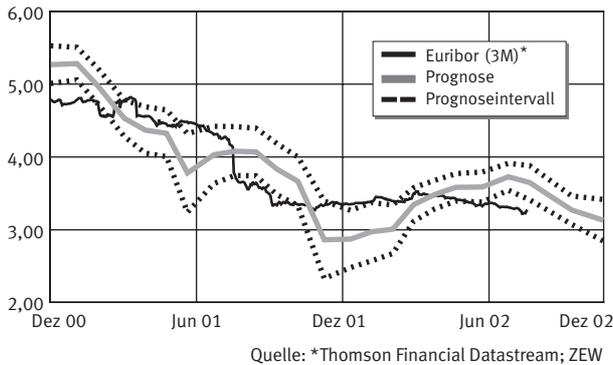
Präsentationen individuell gestalten, 16./17. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

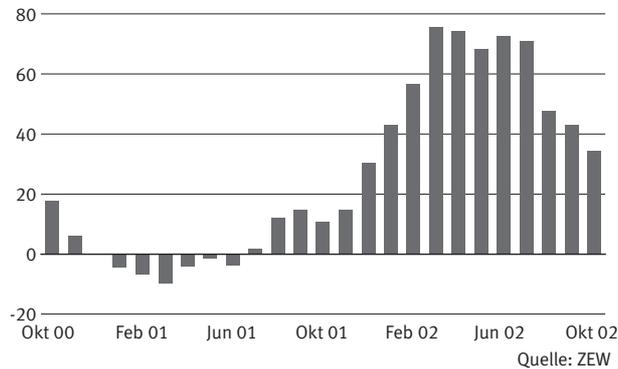
Daten und Fakten

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober



ECB-Watch: Zinspolitik am Scheideweg

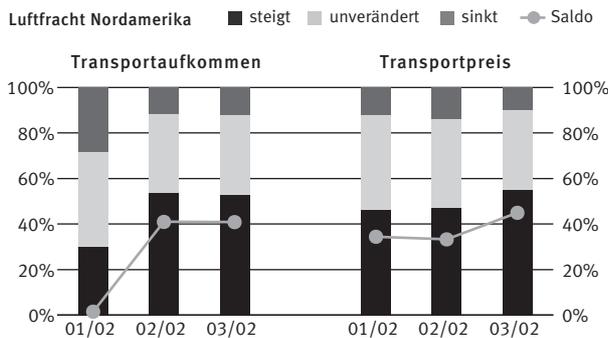
Eine Zinssenkung der EZB in den nächsten drei Monaten wird wahrscheinlicher. Der Anteil der Finanzexperten, die eine Zinssenkung erwarten, ist mit 45,9 Prozent mittlerweile größer als das Lager derjenigen, die mit einem unveränderten Zinsniveau rechnen (44,3 Prozent). Daraus errechnet sich eine Prognose von 3,1 Prozent für den 3-Monats-Euribor im Januar. Dies ist mit einer Senkung des Refinanzierungssatzes der EZB von jetzt 3,25 Prozent um 25 Basispunkte vereinbar. Wichtigster Grund sind die nochmals deutlich verschlechterten Konjunkturaussichten. Auch die Inflationserwartungen geben Schützenhilfe: Mehr als ein Fünftel der Befragten geht von einem Rückgang der Preissteigerungsrate aus.
Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



Euroraum: Stimmung trübt sich weiter ein

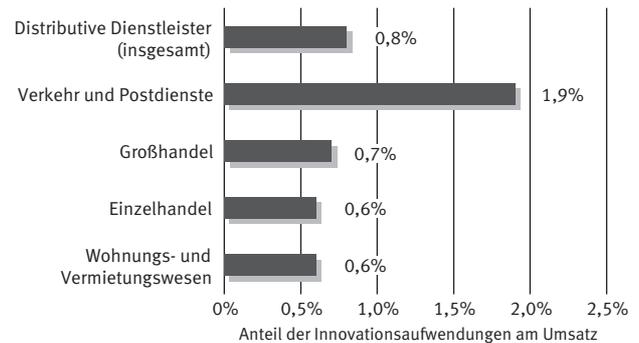
Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum fallen im Oktober um 8,7 Punkte und stehen nun bei 34,3 Punkten nach 43,0 Punkten im September. Sie sind damit unter ihren historischen Mittelwert von etwa 42 Punkten gefallen. Der nun bereits seit einigen Monaten andauernde Abwärtstrend setzt sich damit fort. Der Indikator Konjunkturerwartungen gibt die Differenz der positiven und negativen Einschätzungen für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung wieder. Die befragten Finanzanalysten befürchteten offenbar negative Auswirkungen der Finanzmarktunsicherheiten auf die reale Wirtschaft. Auch die Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage ist erneut schlechter ausgefallen.
Felix Hüfner, hufner@zew.de

Luftfracht-Transportgewerbe hat sich schnell erholt



Von dem Schock für die Luftfahrt am 11.9.2001 hat sich der Nordatlantik-Verkehr schnell erholt. Im ersten Quartal 2002 waren die Erwartungen der Experten des GLS Transportmarkt-Barometers zur Aufkommensentwicklung zwar noch zurückhaltend, die letzten beiden Quartale waren jedoch von deutlichem Optimismus geprägt. Jeweils mehr als die Hälfte der Experten rechnete mit steigenden, nur etwa zehn Prozent mit sinkenden Frachtmengen. Aufgrund der drastischen Rücknahme der Kapazitäten im Luftfrachtgewerbe Ende 2001 und der flexiblen Steuerung in den Folgequartalen rechneten etwa 50 Prozent der Experten in den drei Quartalen 2002 mit steigenden Preisen.
Georg Bühler, buehler@zew.de

Verkehr und Postdienste: Überdurchschnittlich hohe Innoationsaufwendungen



Die Verkehrs- und Postunternehmen gaben im Jahr 2000 drei Milliarden Euro für Innovationsprojekte aus. Dies sind 30 Prozent der gesamten Innovationsaufwendungen der distributiven Dienstleister und etwa so viel, wie Einzelhandel und Wohnungs- und Vermietungswesen zusammen aufwendeten. Die überdurchschnittliche Bereitschaft, sich finanziell in der Entwicklung und Einführung neuer Dienstleistungen und Verfahren zu engagieren, zeigt sich auch an der Innovationsintensität, gemessen als Anteil der Innovationsaufwendungen am Umsatz. Sie war mit 1,9 Prozent höher als in allen anderen Branchen des distributiven Dienstleistungssektors.
Tobias Schmidt, schmidt@zew.de



standpunkt

Blaue Briefe

Die Versetzung Ihres Sohnes Kunibert ist ernsthaft gefährdet...“. So oder ähnlich lautende Formulierungen kennen viele Bürger noch aus ihrer Schulzeit, wenn nämlich „Blaue Briefe“ – benannt nach der Farbe des schlichten Behördenkuverts – ihren Eltern ins Haus flatterten. Je nach Temperament der Eltern entbehrten die daraufhin einsetzenden Gespräche im Familienkreis nicht einer gewissen Dynamik, auf jeden Fall war merklich erhöhte Arbeitsdisziplin zu Lasten diverser Freizeitaktivitäten angesagt. Und siehe da, in der Regel stellte sich der Erfolg ein, selbst dann, wenn dies mehr dem Druck der Eltern als den Einsichten der Schüler geschuldet war.

Die Parallelen zum Stabilitätspakt liegen auf der Hand. Zunächst: Zur Versetzung muss mindestens ein fester, numerisch fixierter Notenwert erreicht werden, also 4,0 beispielsweise, aber nicht lediglich 4,1 oder gar noch schlechter. So einfach ist das, und kaum ein pflichtbewusster Lehrer käme auf die Idee, plötzlich bei der Note „mangelhaft“ eine Prüfung als „bestanden“ zu bewerten, falls die Betroffenen dies verlangen. Beim Stabilitätspakt liegt die Grenze bei 3,0 v.H. und eben nicht bei 3,1 oder 3,2 oder... Wenn der Präsident der EU-Kommission dieses Regelwerk, mit dessen Stabilitätsversprechen dem Euro als neuer Währung die benötigte Glaubwürdigkeit verliehen werden soll, als „dumm“, weil zu starr, bezeichnet, ist dies höchst alarmierend und gibt zu Zweifeln an der Eignung des Amtsinhabers Anlass. Nicht das Notensystem oder der Stabilitätspakt sind an den Missgeschicken schuld, sondern eigenes Fehlverhalten in Form unzureichender Lern- beziehungsweise Konsolidierungsanstrengungen.

Der Vorschlag, die Berechnung der Defizitobergrenze auf ein um konjunkturelle Einflüsse bereinigtes, „strukturelles“ Defizit zu beziehen, ist durchaus diskussionswürdig, vorausgesetzt, man einigt sich auf ein nicht manipulierbares und keiner kreativen Buchführung zugängliches Verfahren. Aber: Eine solche gravierende Änderung kann ohne Verlust der Glaubwürdigkeit nur in einer Normal-

situation durchgeführt werden und bedarf möglicherweise erneuter Abstimmungsprozeduren.

Des Weiteren: Mit dem „Blauen Brief“ haben die Eltern ein wirkungsvolles, weil sanktionsbewehrtes Disziplinierungsmittel in der Hand. Warum hat der Bundesfinanzminister einen „Blauen Brief“ nicht akzeptiert und ihn dann als Druckmittel gegen solche Mitglieder des Bundeskabinetts verwendet, deren Sparanstrengungen zu wünschen übrig ließen? Mit Bekanntwerden der Möglichkeit, einen „Blauen Brief“ zu erhalten, war finanzpolitisches Porzellan in der Öffentlichkeit ohnehin zerschlagen. Die Abwehrschlacht gegen diesen Brief hat den Schaden noch vergrößert, nicht nur hierzulande, sondern vor allem im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der Stabilitätsbemühungen allgemein.

Schließlich: Ob beim Lernen oder Konsolidieren, das Motto lautet: Geht nicht gibt's nicht. Bei einem Ausgabevolumen aller Gebietskörperschaften von jährlich rund 620 Milliarden Euro eine Einsparung von 15 Milliarden Euro vorzunehmen, also 2,4 v.H., dürfte wohl machbar sein, insbesondere zu Beginn einer Legislaturperiode, wenn man solche Kürzungen schon als Grausamkeiten bezeichnen will. Im Mittelpunkt einschlägiger Empfehlungen stehen Transferzahlungen, Subventionen und – nach einer angemessenen Evaluation – bestimmte Ausgaben der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Immerhin belaufen sich die jährlichen Subventionszahlungen auf gut 150 Milliarden Euro, eine Kürzung um 10 v.H., querbeet, wenn es denn nicht anders geht, erbringt den erforderlichen Einsparbetrag. Noch konkreter: Die Streichung ungerechtfertigter Steuervorteile gehört durchaus zu einem solchen Sanierungspaket, wie etwa die Entfernungspauschale, der Sparerfreibetrag und Steuervergünstigungen für die Nacht- und Feiertagsarbeit, um nur einige Beispiele zu nennen.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher